

# SPD demokratischer pressediens

F/XXXI/183

23. September 1976

Gefährliche Manipulation an der Freiheit

CDU-Chefdenker leugnen kollektive Freiheitsrechte

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 / 42 Zeilen

Freiheit und Sicherheit gehören zusammen

Sozialdemokraten für einheitliches Polizeirecht

Von Kurt Neubauer  
Senator für Inneres in Berlin und Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder

Seite 2 und 3 / 51 Zeilen

Immer wieder: Strauß und die "Starfighter"

Zwingende Fakten zu einer dunklen Rüstungsaffäre

Von Norbert Gensel MdB  
Stellv. Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 4 und 4a / 63 Zeilen

Scheinaktivität der Union

Anfragenflut zur Forschung und Technologie diskreditiert sich selbst

Von Karl-Hans Kern MdB  
Mitglied des Bundestageausschusses für Forschung und Technologie

Seite 5 / 30 Zeilen

Der Skandal "Rotbuch Kirche"

Die falschen Propheten in der EKD entlarven sich

Von Udo Fiebig MdB  
Evangelischer Pfarrer

Seite 6 und 7 / 62 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Presserhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 31 60 37 - 38  
Telex: 03 95 840-40 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Köfner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

## Gefährliche Manipulation an der Freiheit

### CDU-Chefdenker leugnen kollektive Freiheitsrechte

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

"Nach Auffassung der CDU gibt es ebensowenig kollektive Freiheitsrechte wie es kollektive Verantwortung gibt". Diese theoretische Fundierung des CDU-Feldzuges gegen die Gewerkschaften, geliefert bereits 1973 von CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, behebt letzte Zweifel, worum es geht: um einen bis ins Detail durchdachten und vorbereiteten Plan zur Einschränkung gewerkschaftlicher Freiheiten.

Arbeitnehmer und Gewerkschaften, aber auch die SPD kann diese Aussicht nicht ruhen lassen. Ohne eine uneingeschränkte Koalitionsfreiheit, ohne von staatlicher Beeinflussung freie Gewerkschaften, ohne Tarifautonomie ständen auch die übrigen Freiheitsrechte unserer Verfassung für Arbeitnehmer möglicherweise schon bald nur noch auf dem Papier. Nur freie Gewerkschaften garantieren, daß ohne Rücksicht auf politische Machtverhältnisse der Sozialstaatsauftrag unseres Grundgesetzes zu keiner Zeit unter die Räder kommt, und daß die Grundrechte auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, auf Chancengleichheit oder auf freie Meinungsäußerung mehr und mehr auch die Lebenswirklichkeit von Arbeitnehmern bestimmen. Ohne kollektive Freiheitsrechte der Gewerkschaften denaturieren individuelle Freiheitsrechte zum Privileg weniger wirtschaftlich Starker.

So bedrohlich das Leugnen kollektiver Freiheitsrechte für Gewerkschaften und Arbeitnehmer ist, so unhaltbar ist die These, es gebe keine kollektive Verantwortung. Eine These, die im übrigen vom anderen Chefdenker der CDU - von Richard von Weizsäcker - im praktischen Ergebnis geteilt wird. Vor allem an die Adresse der Gewerkschaften formuliert er: "Wo es aber um die öffentliche Aufgabe geht, nicht nur Rechte zu gewähren, sondern Verantwortung und Verpflichtung zu begründen, da wird der Staat zurückgedrängt."

Keine Frage: An der Wirklichkeit der Bundesrepublik geht diese These vorbei. Ohne das hohe Maß kollektiver Verantwortung, das der DGB und seine Einzelgewerkschaften immer wieder gezeigt haben, wäre die soziale und politische Stabilität unseres Landes undenkbar, wäre es nicht möglich gewesen, die Bundesrepublik schneller als fast jeden anderen Staat aus der tiefen Weltrezession der beiden letzten Jahre herauszuführen. Zeigten Strauß, Dregger, Carstens und Biedenkopf ein gleiches Maß an Verantwortungsbereitschaft, brauchte uns um den sozialen Frieden nicht bange zu sein.

Aber auch ein weiterer Aspekt sollte nicht übersehen werden. Die Absage der CDU an kollektive Freiheitsrechte zielt zwar in erster Linie und zunächst auf die Freiheit der Gewerkschaften. Aber auch die Kirchen muß diese Absage beunruhigen. Ihre Bekenntnisfreiheit ist das Musterbeispiel eines originären kollektiven Freiheitsrechts, eines Rechts zudem, bei dem der Kampf um andere individuelle Freiheitsrechte seinen Ausgang nahm.

Spätestens hier wird deutlich: Am 3. Oktober geht es auch darum, daß nicht die abschüssige Straße der Unfreiheit betreten wird. Auch die theoretischen Wegbereiter der Unfreiheit dürfen keine Chance erhalten.

(-/23.9.1976/vd/or)

+ + +

Freiheit und Sicherheit gehören zusammen

Sozialdemokraten für einheitliches Polizeirecht

Von Kurt Neubauer

Senator für Inneres in Berlin und Vorsitzender der  
Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder

Aus gutem Grund haben Sozialdemokraten die Innere Sicherheit zu einem ganz entscheidenden Programmpunkt ihrer Politik für den Bürger erhoben: Freiheit und Sicherheit gehören zusammen, erst die Sicherheit gewährleistet die Freiheit. Und dabei spielt die Polizei in unserem demokratischen Staat eine ganz entscheidende Rolle.

Der Rechtsstaat gebietet es, daß polizeilichem Handeln einwandfreie rechtliche Regelungen zugrundeliegen. Nun haben zwar alle Bundesländer Polizeigesetze, jedoch mit zum Teil verschiedenartigen Vorschriften. Polizeiaktionen über Ländergrenzen hinweg - in bestimmten Situationen heute unvermeidlich - setzen aber einheitliche gesetzliche Grundlagen in allen Bundesländern voraus. Die veränderte Kriminalitätsszene - die neuartigen Erscheinungsformen terroristischer Gewalttaten, mit denen die Polizei fertig werden muß - fordert zudem von der Polizei ein verändertes Verhalten und entsprechende Einsatzmöglichkeiten. Auch dafür müssen die gesetzlichen Grundlagen vorhanden sein.

All dies hat die Innenminister des Bundes und der Länder dazu bewogen, in vierjährigen harten Verhandlungen einen Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz zu erarbeiten, der dann im Juni dieses Jahres einstimmig von der Innenministerkonferenz verabschiedet wurde.

Diese Einstimmigkeit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie gilt einem mühsam erreichten Kompromiß, dem die Innenminister - ob sie nun der SPD, der CDU oder der FDP angehören - jeweils nur nach Zurückstellung eigener Bedenken zugestimmt haben. Für die Sozialdemokraten war der Entwurf vor allem deshalb akzeptabel, weil eine Reihe von höchst problematischen und

zum Teil verfassungsgesetzlich bedenklichen Regelungen, die aus den Reihen von CDU und CSU gefordert worden waren, nicht aufgenommen wurden. Mit diesem Kompromiß in einer Frage, die zur Zuständigkeit der Bundesländer gehört, ist jedenfalls - und das darf ich mit besonderer Betonung sagen - ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung eines kooperativen Föderalismus geleistet worden.

Es gibt in diesem Entwurf Dinge, die einer kritischen Diskussion würdig sind. Es wäre geradezu bedenklich, wenn so wichtige und im Ernstfall so entscheidende Regelungen widerspruchsfrei akzeptiert würden und keine Fragen auslösten. Insbesondere die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei werden es sich nicht nehmen lassen, bestimmte Punkte kritisch zu prüfen. Schließlich sind die Länderparlamente, die über die Verabschiedung des Musterentwurfs in jedem einzelnen Bundesland zu befinden haben, souverän in ihrer Entscheidung. Im übrigen bleibt es jedem einzelnen Bundesland und auch dem Bund überlassen, wie es die Regelungen des Musterentwurfs inhaltlich in die jeweils bestehenden Rechtsvorschriften einfügt. Dabei wird auch so manches schon bestehende Polizeigesetz "entschärft" werden müssen. Außerdem werden wir darauf achten, daß das Polizeirecht auch den geltenden strafprozessualen Bestimmungen entspricht.

Gleichgültig wann und wie der Bund und die Länder den Musterentwurf zu geltendem Recht machen, die Sozialdemokratische Partei bekennt sich zur Absicht, aus Gründen der Rechtssicherheit und der Rechtsstaatlichkeit ein einheitliches Polizeirecht zu schaffen. Die sozialdemokratischen Innensenatoren aus Berlin, Hamburg und Bremen und die sozialdemokratischen Innenpolitiker aus den übrigen Bundesländern haben sich auf ihrer jüngsten Tagung in Hamburg diesem Ziel verpflichtet. (-/23.9.1976/vp/pr)

+ + +

Immer wieder: Strauß und die "Starfighter"

Zwingende Fakten zu einer dunklen Rüstungsaffäre

Von Norbert Gensel MdB

Stellv. Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß hat mit seinen "Starfightern" zugleich für die größte Pleite und die immer noch dunkelste Affäre im deutschen Rüstungsgeschäft gesorgt: 86 tote Piloten, 187 abgestürzte Maschinen, verschwundene Akten und ein Rüstungsvertrag mit nahezu unglaublich schlechten Bedingungen für die Bundesrepublik.

Der Bundesrechnungshof mußte feststellen, daß der Ankauf des nichtbeschaffungsreifen Waffensystems F-104 G keine Vorteile, sondern nur Mehrausgaben in Höhe von vielen hundert Millionen DM gebracht habe. Ferner: daß der Bundestag seine Entscheidungen über den "Starfighter" aufgrund lückenhafter und falscher Informationen getroffen habe. Strauß entschied am 22. Januar 1959, was vielen zum Verhängnis werden konnte: daß die "Starfighter" abweichend vom ordnungsgemäßen Geräteentstehungsgang - Entwicklung, Erprobung, Fertigung - gleichzeitig entwickelt und ohne Erprobung in Serie gefertigt werden sollten.

Diese Entscheidung gefährdete nicht nur die Piloten, sondern unser aller Sicherheit. Im NATO-Rat wurden am 5. Dezember 1962 die ernsten Konsequenzen für die Luftverteidigung Europas erörtert, die sich daraus ergaben, daß der F-104 G als Allwetterjäger nicht einsatzfähig war. Erst nach vielen Jahren konnte es der Bundeswehr gelingen, dieses ständig veränderte Waffensystem in den Griff zu bekommen.

Strauß schaltete sich persönlich in der Zeit vom 19. bis 23. Januar 1959 in die abschließenden Vertragsverhandlungen mit Lockheed ein. Nach dem Vertrag waren Doppelrechnungen von Gemeinkosten möglich. Grundsätzlich waren Ansätze der Firma Lockheed für Schenkungen und Spenden, für Bewirtungskosten und Vertriebs- und Verteilungstätigkeiten erstattungsfähig. Für solche, mindestens für vergleichbare Ansätze, die die Profiteure von Lockheed in die Höhe getrieben haben, machte der amerikanische Rüstungskonzern 12,275 Millionen DM geltend, die Bundesrepublik zahlte dann 6,862 Millionen DM. Desweiteren verzichtete die Bundesrepublik gegenüber Lockheed

auf eine Höchstpreisbegrenzung und auf eine Prüfung der Schätzkosten. Provisionen für die Deutschland- und Europaververtretungen von Lockheed wurden erstattet. Lockheed erhielt eine Vorauszahlung von 30 vH Geschäftskosten und mußte dafür keine Zinsen an die Bundesrepublik zahlen. Die gesamte Vorauszahlung mußte in voller Höhe unmittelbar nach dem Vertragsabschluß geleistet werden, was also nicht dem Baufortschritt anzupassen. Die Regelungen über die Bestimmung und Erstattung der Sonderbetriebskosten waren abenteuerlich. Lockheed konnte nach Belieben seine Unterlieferanten auswählen, Preise mit ihnen vereinbaren, technische Änderungen in Auftrag geben, annehmen oder ablehnen sowie Kostenerhöhungen, Kapazitätsausweitungen, Sonderbetriebsmittel und Vorauszahlungen genehmigen. Die Bundesrepublik konnte wegen dieser Bestimmungen unnötige Ausgaben und erhöhte Preise nicht verhindern. Das deutsche Lockheed-Kontaktbüro war lediglich auf kosmetische Änderungen angewiesen und verfügte bis Ende 1962 noch nicht einmal über einen Kosteningenieur.

Kennzeichnend für den Vertrag ist es, daß die offerierte umfangreiche US-Hilfe bei der Prüfung und Bezahlung der Rechnungen, der Abwicklung der Verträge, der Bearbeitung der Belege und der Überwachung der Unterverträge nicht im gebotenen Maße in Anspruch genommen wurde, obgleich im Bundesverteidigungsministerium zur damaligen Zeit im Gegensatz zur US-Air-Force noch keinerlei Erfahrungen bei der Entwicklung und Beschaffung derartiger Hochleistungsflugzeuge vorhanden waren.

Die Alternative, die sich daraus ergibt, lautet: War Dummheit oder Geld im Spiel? Haben wir es nur mit einem überforderten und gescheiterten Ex-Verteidigungsminister Strauß oder mit einer Schmiergeld-Affäre zu tun? Eine Antwort auf diese Frage ist hoffentlich in den amerikanischen Lockheed-Unterlagen zu finden, über deren Herausgabe Staatssekretär Erkel zur Zeit in Washington verhandelt. Die makabre Geschichte des "Starfighters" und seines Förderers zeigt: Franz Josef Strauß ist für mich ein Sicherheitsrisiko.  
(-/23.9.1976/va/pr)

+ + +

Scheinaktivität der Union

Anfragenflut zur Forschung und Technologie diskreditiert sich selbst

Von Karl-Hans Kern MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Als ob die Probleme völlig neu aufgetaucht und noch nie erörtert worden wären, überschüttet die CDU/CSU-Fraktion unter der Federführung ihres forschungspolitischen Sprechers, des Dregger-Freundes Christian Lenzer, die Bundesregierung, vor allem das Bundesministerium für Forschung und Technologie, mit einem Schwall kleiner Anfragen zu allen Themen der Forschungs- und Technologiepolitik. Doch die Fragen sind allesamt alte Bekannte. Sie sind in Kleinen und Großen Anfragen, Debatten, Zwischenfragen und mündlichen Fragen schon einmal beantwortet, diskutiert und - wenn nötig - entschieden worden. Wozu also diese hektische Betriebsamkeit?

Eine einheitliche politische Zielsetzung ist hinter den Anfragen nicht zu erkennen. Heute wird dieses, morgen jenes Thema angeschnitten; heute Energiepolitik und morgen Forschungsverwaltung, heute nach der Patent- und Lizenzbilanz der Bundesrepublik und morgen zum Brennstoffkreislauf gefragt. Eine konsequente schrittweise Erhellung eines bisher ungeklärten Sachverhaltes mit Hilfe des Instrumentes der Kleinen Anfrage wird nicht betrieben, sondern lediglich gefragt, gefragt, gefragt.

Und was geschieht mit den Antworten? Sie werden nicht zum Ausgangspunkt neuer Fragen oder von Anträgen gewählt. Konsequenzen werden nicht gezogen. Frage wie Antwort bleiben folgenlos. Scheinaktivitäten, die vortäuschen sollen, als ob die CDU/CSU eine kritische Begleitung der Forachungspolitik der Bundesregierung leiste. Aber die Kritik bleibt aus. Niemand, außer den unmittelbar Betroffenen, die die Frage tippen und die Antwort schreiben müssen, nimmt Notiz von dem Papier. Vielleicht noch nicht einmal die Fragesteller. Wenn die Scheinaktivität schon niemandem nutzt, so soll sie auch niemandem schaden. Mit ihrem forschungspolitischen Leerlauf mißbraucht die CDU/CSU das parlamentarische Instrumentarium und diskreditiert die notwendige Kontrolle der Regierung durch das Parlament. (-/23.9.1976/bgy/pr)

+ + +

### Der Skandal "Rotbuch Kirche"

---

Die falschen Propheten in der EKD entlarven sich selbst

Von Udo Fiebig MdB  
Evangelischer Pfarrer

Wer das jetzt erschienene "Rotbuch Kirche" zu lesen beginnt, wird es bald angewidert zur Seite legen, noch besser, in den Papierkorb werfen. Dennoch muß gesagt werden, was Geistes Kind sich darin zu "verewigen" trachtet. Die Herausgeber des Aufsatzbandes "Rotbuch Kirche" Jens Motechmann und Helmut Matthias wollen laut Einleitung den Nachweis führen, daß das "Schiff der evangelischen Kirche in unserer Zeit dringend einer Kurskorrektur bedarf". So muß nun alles herhalten, was immer schon einer politisch-reaktionären Gruppe in der Bundesrepublik an der EKD mißfallen hat, um den "Augiasstall der Kirche von heute auf morgen von dem marxistischen Unrat" zu säubern.

Die Stuttgarter Schulderklärung vom 19. Oktober 1945 des Rates der EKD ist die Wurzel allen solchen Übels, denn die "kirchliche Bußfertigkeit war laut "Rotbuch" den Siegermächten "ein willkommenes Feuerchen, das ihnen ihre antideutschen Waffen schmieden half". Entsprechend wird dann auch die Datendeklaration der EKD vom Oktober 1965 "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" als der Versuch eingeordnet, den Deutschen mittels theologischer Verbrämung einen Vergangenheits- und Schuldkomplex zu suggerieren.

Durch die raffinierte Anordnung der einzelnen Aufsätze in diesem "Rotbuch" muß für den Leser der Eindruck entstehen, daß die "Backbord-Steuerer des Kirchenschiffes" - in diesem Fall die Befürworter der Verträge von Moskau und Warschau - gleichzusetzen sind mit "Kommunisten auf Kanzeln", "Mao's Pastoren" und "Anarchisten in der Kirche". Wer nicht Wort für Wort liest, findet nicht heraus, daß z.B. die infrage kommenden drei Theologen, Mitglieder des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, längst selbst die Konsequenzen gezogen haben und aus der Kirche ausgetreten sind. Nach dem Muster von Franz Josef Strauß werden Terroristen, Anarchisten, Kommunisten und Freunde der Sozialdemokraten in einen Topf geworfen. Zwischen den Zeilen wird der fatale Werbe-Slogan der Unionsparteien "Freiheit statt/oder..." auf die kirchenpolitische Szene über-



tragen. Wer auch nur den geringsten Verdacht erweckt, den Dialog zwischen Marxisten und Christen anderen Formen der Auseinandersetzung vorzuziehen, wird in Übelster Weise abqualifiziert und der Ketzerei verdächtigt, wie z.B. Prof. Gollwitzer und Bischof Kurt Scharf.

Mitten im 20. Jahrhundert werden in diesem "Rotbuch" wieder die Scheiterhaufen angezündet, Bücher und Ketzer verbrannt und dies alles ad maiorem Dei gloriam - zur höheren Ehre Gottes. Evangelische Studentengemeinden und Akademien, der Evangelische Pressedienst, die "Lutherischen Monatshefte", die "Evangelischen Kommentare" und, last not least, das "Allgemeine Deutsche Sonntagsblatt" sollen Brutstätten des Neomarxismus in der evangelischen Kirche sein. Und dieser Neomarxismus kann ja nur von der "bösen" SPD kommen, getreu den Parolen, die für den gegenwärtigen Wahlkampf ausgegeben sind. Wie können es auch evangelische Publizisten wagen, den Finger auf offene Wunden im faschistischen Chile zu legen oder Kritik an südafrikanischen Verhältnissen zu üben, denn viel wichtiger sei doch der Dialog mit Forsters "rechten" Christen. Merke: Der Dialog mit Marxisten ist den "Rotbuch"-Autoren ein Grauel und Grauel wurden immer schon ausgerottet". Der Seewald-Verlag, der dieses Machwerk herausgebracht hat, preist das "Rotbuch" als eine Dokumentation über den geistigen Zustand der EKD an, die den wankenden Sumpfboden freilege, auf dem alles zusammenbreche.

Ich kann nur sagen: Diese falschen Propheten demaskieren sich selbst, denn heute wissen die evangelischen Kirchengemeinden besser zu unterscheiden als 1933 zwischen den Erzählern von Dolchstoßlegenden und den Repräsentanten der demokratischen Freiheiten, zwischen den Nachfahren der Deutschen Christen und denen, die die Friedensbotschaft des Evangeliums ernstnehmen. Die evangelischen Christen heute erkennen in ihrer überwältigenden Mehrheit, daß in der Tat Veröhnung nicht nur ein Begriff der Theologie, sondern auch der Politik und des alltäglichen Lebens ist. Wie schwer es die Gedanken der Veröhnung, Gewaltlosigkeit und des sozialen Friedens auch heute noch oder schon wieder haben, beweist wider Willen dieses sog. "Rotbuch Kirche", verfaßt von den falschen Propheten des Nationalismus, der Rassentrennung und der Diskriminierung politisch Andersdenkender. (-/23.9.1976/va/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Cleus Preller